

Armutszeugnis der Koalitionäre für die Pflege

Kalter Sondierungskaffee als Koalitionsexpresso?

Das aus Sicht der Pflege erbärmliche Sondierungspapier wurde nun in den Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD konsentiert und wird höchstwahrscheinlich innerhalb der Parteien zum Inhalt des endgültigen Koalitionsvertrages werden.

Unsere Forderung nach Schaffung von 100.000 neuen Stellen in der Pflege wurde ignoriert. Stattdessen freuen sich Malu Dreyer (Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz, SPD) und Hermann Gröhe (Bundesgesundheitsminister, CDU) über ein Sofort-Programm mit 8.000 Stellen bei der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeheimen. Umgerechnet sind es nur 0,6 Stellen pro Einrichtung. Somit fällt es schwer diese Freude nachzuvollziehen. Wer das als Erfolg verkauft, kann entweder nicht rechnen oder ist schlichtweg scheinheilig.

Zudem soll, laut den Aussagen von Dreyer, gegen den Personalmangel ein Qualifizierungsprogramm aufgelegt werden. Das Vorhaben wird nicht näher konkretisiert, was uns wiederum an der Ernsthaftigkeit zweifeln lässt. Für die Bereiche Krankenhaus und ambulante Pflege, die ebenfalls stark unter den Folgen des Pflegekräftemangels leiden, werden nur vage Versprechen gemacht. Von Frau Dreyer erwarten wir eine Antwort, wie damit eine würdevolle Pflege gewährleistet werden soll.

Die routinierte Gleichgültigkeit der Politiker ist empörend, denn die Fakten sind allen Verantwortlichen hinlänglich bekannt. Die Versorgung der Bevölkerung ist in allen Leistungsbereichen der Pflege durch Personalmangel gefährdet. Für professionell Pflegende ist das eine nicht mehr zu verantwortende Belastung. Unter diesen Umständen ergreifen viele die (Berufs-) Flucht; der Begriff Pflexit hat sich in der Branche fest etabliert. Daran ändert auch der angedachte flächendeckende Tarifvertrag nichts, dessen Finanzierung noch in den Sternen steht.

Das Pflegeberufereformgesetz ist am 17.07.2017 in der politischen Pipeline steckengeblieben und wartet seither auf die Verabschiedung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung durch den Bundestag. Diese Schwerfälligkeit ist eine Zumutung für die gesamte Branche, die wir nicht länger hinnehmen werden.

„Wir brauchen keine Schönheitsreparaturen, sondern einen **Neustart für die Pflege**. Und vor allem brauchen wir Politiker, die unsere Forderungen hören und nicht im Nachhinein die unhaltbaren Zustände beklagen, die sie selbst zu verantworten hatten,“ so Rolf Höfert, Geschäftsführer DPV. „Diese politische Schwerhörigkeit muss Folgen haben. Es kann nicht sein, dass wir mit 8.000 Stellen und netten Versprechen abgespist werden. Offensichtlich müssen wir gemeinsam den Druck erhöhen.“

Brecht hat es treffend formuliert: „Wer kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Deshalb werden Sie jetzt aktiv; unterstützen Sie uns und unsere Ziele.

.....

Deutscher Pflegeverband e.V.

Mittelstraße 1, 56564 Neuwied

Tel. 02631 - 83880

Fax 02631 - 838820

E-Mail: info@dpv-online.de

www.dpv-online.de